



focus 3/09

Mai

## Städte und die Raumordnung: Vom Stiefkind zum Hoffnungsträger

Das Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) feiert in diesen Tagen seinen 30. Geburtstag. Als es erarbeitet wurde, waren zentrale Anliegen die geordnete Besiedlung und damit verbunden der Schutz der natürlichen Ressourcen und der Schönheiten des Landes. Die Schweiz ist heute ein Land mit hoher Lebensqualität. Ihre Städte belegen regelmässig



führende Ränge internationaler Städterankings. Das öffentliche Verkehrsangebot erfährt weltweite Beachtung. Dies alles wäre nicht möglich gewesen ohne namhafte raumplanerische Erfolgsgeschichten: die Trennung von Siedlungsgebiet und Nicht-Siedlungsgebiet und ihr Beitrag zum Landschafts- und Gewässerschutz sowie die Etablierung der planerischen Verfahrenskultur auf allen staatlichen Ebenen. Der Zersiedelung hingegen konnte bislang nicht im erwünschten Masse Einhalt geboten werden. Auch die Koordination von Siedlung und Verkehr bedarf noch mancher Anstrengungen.

Hier misst die Raumplanungspolitik der Agglomerationspolitik eine herausragende Bedeutung zu. Bis in die 1990er Jahre enthielt die nationale Raumplanung keine Visionen für das Stadtland Schweiz und behandelte die Städte stiefmütterlich. Raumplanung fand ohne Stadtplanung statt. Zu oft machte Planung an

politischen Grenzen halt. Hier hat der Bund mit seinem Bericht zur Agglomerationspolitik 2001 das Tor aufgestossen und befindet sich seither mit den Agglomerationsprogrammen auf Erfolgskurs. Jetzt bedarf es klarer gesetzlicher Grundlagen, die die Ausgestaltung der Planung in Agglomerationsräumen verankern und gleichzeitig die Innovationskraft der Modellvorhaben lebendig halten.

Das Stiefkind Stadt erwuchs zur Agglomeration und findet nun die Beachtung, die ihr zukommt. Mehr noch: Die urbane Schweiz ist heute der Hoffnungsträger der Raumordnungspolitik. Um die Zersiedelung zu stoppen, möchte man das Siedlungswachstum auf die Agglomerationen konzentrieren. Das Zauberwort lautet «Innenentwicklung». Brachflächen alleine werden aber nicht ausreichen. Nur Ersatzneubau – also Neubau nach Abriss – wird in den Zentren die erforderlichen Volumina schaffen können. Aber sind die Städte und Agglomerationen mit ihrer Infrastruktur für diesen Umbau gerüstet? Werden alle Akteure mitspielen? Wie wird die bauliche, soziale und verkehrliche Realität unserer verdichteten Quartiere aussehen? Innenentwicklung angesichts der skizzierten Problematiken zu verfehlen, hiesse das Kind mit dem Bade auszuschütten. Doch bevor wir die anstehende und notwendige Revision des RPG angehen, müssen wir auf diese Fragen Antworten finden, um die Strategie der inneren Verdichtung verantwortungsvoll umsetzen zu können. Nur so bleibt Raumordnungspolitik glaubwürdig.

*Martina Schretzenmayr*

Dr. Martina Koll-Schretzenmayr  
Netzwerk Stadt und Landschaft, ETH Zürich

### Liebe Leserin, lieber Leser

Was soll und kann die Raumplanung erreichen? Dem Verfassungsauftrag – die zweckmässige und haushälterische Nutzung des Bodens und die geordnete Besiedlung des Landes – kommt die geltende Gesetzgebung nur bedingt nach. Die Notwendigkeit, das Raumplanungsgesetz an die Realität anzupassen, ist deshalb breit anerkannt.

Wir beleuchten die urbane Realität und zeigen auf, warum die Städte in die Raumplanung involviert sein müssen.

Gute Lektüre und vielen Dank für Ihr Interesse!

Ihre focus-Redaktion



### Inhalt

Städte und Raumordnung	1
«Verdichtung in den Städten, um die Zersiedelung zu stoppen»	2
Handeln in funktionalen Lebensräumen	3
Sessionsvorschau, Vernehmlassungen	4
Arbeitsgruppe Glasfaser, Wirtschaftskrise und Sozialpolitik	5
Agenda	6

### Literaturhinweis:

Martina Koll-Schretzenmayr: gelungen – misslungen? Die Geschichte der Raumplanung in der Schweiz, NZZ-Verlag 2008.

## «Verdichtung in den Städten, um die Zersiedelung zu stoppen»

Alexander Tschäppät, Stadtpräsident von Bern



### Raumplanung und Agglomerationspolitik sind Schlüsselthemen für die Städte. Wo sehen Sie die grössten Herausforderungen?

Damit die Städte ihre Funktion als wirtschaftliche Motoren erfüllen können, müssen sie eine koordinierte, auf die ganze Agglomeration fokussierte Raumplanung betreiben können. Das Ziel sollte sein, dort zu bauen, wo die Infrastruktur schon steht, nämlich in der Stadt. Heute passiert oft das Gegenteil: Gebaut wird immer weiter auf dem Land. Gleichzeitig wird es schwieriger, in der Stadt zu verdichten oder eingezonte Areale zu überbauen, weil Boden gehortet oder Projekte mit Einsparungen und politischer Opposition blockiert werden.

### Vor kurzem ging die Vernehmlassung zum neuen Raumentwicklungsgesetz zu Ende. Was sind für die Städte besonders wichtige Elemente?

Wollen wir die Zersiedelung stoppen, braucht es Konzentration und Verdichtung in den Städten und Agglomerationen. Nur so kann die Infrastruktur wirtschaftlich optimal ausgelastet und dementsprechend ausgebaut werden. Die im Entwurf vorgesehenen Möglichkeiten zur Planung in funktionalen Räumen oder zur Bauzonenbeschränkung sind daher zu begrüßen. Richtig ist auch der Akzent, der auf den öffentlichen Verkehr gesetzt wird.

### Geht das Raumentwicklungsgesetz also in die richtige Richtung?

Nur bedingt. Nötig wäre ein Artikel zugunsten einer verbindlichen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden in den urbanen Räumen. Das Problem ist heute, dass mangels übergeordneter raumplanerischer Vorgaben immer nur nach dem kleinsten politischen Nenner entschieden wird. So kann nur schlecht eine regionale Raumplanung stattfinden. Zudem ist der Spielraum der Kernstädte beschränkt, weil sie institutionell nicht das Gewicht haben, das ihnen aufgrund ihrer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bedeutung zukäme. Auch das ist kaum förderlich für eine dynamische Entwicklung.

### Parallel zum Raumentwicklungsgesetz laufen die Arbeiten am «Raumkonzept Schweiz». Was erwartet die Stadt Bern von diesem Konzept?

Dass Berns Rolle als «Headquarter» der metropolitanen Schweiz bekräftigt wird. Man darf die Schweiz nicht bloss nach ökonomischen Kategorien strukturieren, sondern muss auch «weiche» Kriterien berücksichtigen, zu denen die Bereiche Politik, Gesellschaft und Kultur gehören. Hier nimmt Bern eine Schlüsselstellung ein. Bern ist der Ort, wo die Schweiz politisch geformt und verwaltet wird, die Vernetzung zwischen Politik und Ökonomie stattfindet und der Zusammenhalt des Landes gepflegt wird. Die Hauptstadtregion Bern ist

somit eine wichtige Partnerin der Metropolitanräume Zürich, Basel und Genf. Das hat sich vor allem mit der Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt: Die wichtigen Entscheidungen wurden nicht mehr in den Konzernzentralen in Zürich und Basel gefällt, sondern im Bundeshaus in Bern. Darum ist klar: Es gibt keine Metropolitanregionen ohne Hauptstadtregion. Damit ist die Hauptstadtregion per se gleichbedeutend wie eine Metropolitanregion.

### Wo sehen Sie die spezifischen Stärken Berns als Politzentrum der Schweiz?

Ein Politzentrum besteht nicht nur aus Bundesrat, Parlament, Verwaltung, öffentlichen Anstalten und Unternehmen des Service Public. Darum herum existiert vielmehr ein Cluster von politiknahen Dienstleistungen und Branchen: nationale Verbände, Standes- und Lobbyorganisationen, PR-Beratung und Kommunikationsbüros. Dies wiederum fördert die Entwicklung in Bereichen wie Telekommunikation, Gesundheits- und Verkehrswesen. Die Nähe zur Politik ist Berns Kapital und wirtschaftliches Potenzial.

### Wo sehen Sie die Agglomeration Bern in 20 Jahren?

Ich hoffe, dass die Agglomeration Bern bis dahin stärker zusammengewachsen ist und es versteht, die Chancen zu nutzen, die sich ihr als Hauptstadtregion bieten. Die Stadt Bern hat in den letzten Jahren zudem mit dem Wohnungsbau, der Aufwertung von Bahnhof- und Bundesplatz, dem Ausbau von Tram und Bus sowie der Sportinfrastruktur gute Voraussetzungen für die Zukunft geschaffen. Wenn wir Kurs halten, wird Bern auch in 20 Jahren in der obersten Liga der Städte mitspielen.

#### Alexander Tschäppät Stadtpräsident von Bern

Geboren 1952, ist Alexander Tschäppät seit 2005 Berner Stadtpräsident.

Ab 2001 war der SP-Politiker für die Stadtberner Bau- und Verkehrspolitik verantwortlich. Zuvor war Tschäppät Gerichtspräsident und sass von 1991 bis 2003 im Nationalrat. Er ist Vorstandsmitglied des Schweizerischen Städteverbandes.

# Denken und Handeln in funktionalen Lebensräumen

Martin Tschirren, Schweizerischer Städteverband

**Das Leben vieler Menschen in der Schweiz spielt sich immer stärker in funktionalen Räumen ab, die die Gemeinde- und Stadtgrenzen, vielfach die Kantongrenzen und gar die Landesgrenzen überschreiten. Entsprechend erfordern viele Agglomerationsprobleme einen umfassenden Ansatz, der von funktionalen Räumen ausgeht. Deshalb ist die Aufnahme dieses Konzepts im Raumplanungsgesetz vordringlich.**

Unsere Musterfamilie Meier lebt in Cham im Kanton Zug. Vater Paul (44) arbeitet als Anlagespezialist bei einem Finanzdienstleister in Freienbach. Seine Frau Eveline (42) ist Marketingverantwortliche mit einem 50 %-Pensum bei einer Kulturinstitution in Luzern. Dank der guten Bahnverbindungen nach Luzern – die Fahrzeit beträgt eine knappe halbe Stunde – pendelt Eveline Meier mit dem öV. Paul Meier benutzt für seinen Arbeitsweg das Auto, wie dies rund die Hälfte der Pendlerinnen und Pendler in der Schweiz tun.

Meiers haben vielfältige kulturelle Interessen: Sie besuchen regelmässig Konzerte im Kultur- und Kongresszentrum Luzern (KKL), sind aber auch in der Tonhalle, im Moods im Schiffbau oder anderen Lokalitäten in Zürich und Zug anzutreffen.

Eveline und Paul Meier haben zwei Kinder. Sandra, fünfzehnjährig, besucht die Kantonsschule in Zug. Wenn sie mit Kolleginnen in den Ausgang geht, steht Zürich hoch im Kurs. Ihr Bruder, der zwölfjährige Markus, geht noch in Cham zur Schule und ist ein erfolgreicher Nachwuchsfussballer. Vor kurzem hat er vom FC Zürich ein Angebot erhalten, auf die neue Saison hin beim Stadtclub zu trainieren.

## Diskrepanz zwischen funktionalen Lebensräumen ...

Das tägliche Leben von Familie Meier spielt sich wie das vieler anderer Menschen in der Schweiz in einem weit gefassten geografischen Rahmen ab. Der funktionale Lebensraum der Meiers umfasst längst nicht mehr nur Cham und dessen Umgebung, sondern erstreckt sich über mehrere Kantone.

Das Beispiel der Familie Meier zeigt anschaulich, wie Wohnen, Arbeiten und die

Freizeitgestaltung an verschiedenen Orten innerhalb einer Agglomeration oder eines Metropolitanraumes stattfinden. Dieses Phänomen ist typisch für die Agglomerationsbildung. Bestimmte Tätigkeiten konzentrieren sich an attraktiven Standorten, andere, die oft weniger wertschöpfungsintensiv sind, werden tendenziell an den Rand der Agglomerationen gedrängt. Damit geht eine starke Zunahme der Pendlerströme einher, und die Anforderungen an die Verkehrserschliessung nehmen zu.

## ... und politischen Strukturen

Die kleinräumige politische Struktur der Schweiz mit ihrer differenzierten Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden stammt aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die meist komplexen Agglomerationsprobleme in



praktisch allen Politikfeldern orientieren sich jedoch nicht an diesen Strukturen, sondern verlangen neue Ansätze. Tragfähige Lösungen für Agglomerationsprobleme setzen voraus, dass diese auch aus einer Agglomerationsperspektive heraus angegangen werden.

Teilweise haben neu gegründete Regional-, Agglomerations- und Metropolankonferenzen in diesem Bereich bereits neue Aufgaben übernommen und stellen im gewissen Sinne eine neue föderale Ebene dar. Dies wirkt

föderalismus- und demokratiepolitische Fragen auf. Auch bleiben weitreichende Entscheidungen dieser neuen Institutionen der direkten Demokratie entzogen. So lange es zu keinen Gebietsreformen kommt, bleiben diese Institutionen Hilfsgrössen. Zudem fällt den Meiers immer mehr auf, dass sie bei Entscheidungen, die sie betreffen (Kultur- und Sportpolitik in Zürich, Verkehrspolitik in Luzern etc.) nicht mitreden können. Umgekehrt bezahlen andere für viele Angebote, welche die Familie Meier nutzt.

## Agglomerationspolitik verankern

Auch in gesetzlicher Hinsicht gilt es den neuen Realitäten Rechnung zu tragen. Dies war eine der Absichten des neuen Raumentwicklungsgesetzes, das Ende 2008 in die Vernehmlassung geschickt wurde. Der Gesetzesentwurf anerkennt die Agglomerationen und Metropolen als Akteure in der Raumentwicklung und berücksichtigt damit deren wachsende Bedeutung. Innerhalb der funktionalen Räume soll die Zusammenarbeit und das Planen gefördert werden. Und neben den Agglomerationspro-

grammen soll auch die Agglomerationspolitik an sich eine gesetzliche Grundlage erhalten. Damit wird ein Auftrag des Parlaments umgesetzt.

Allerdings stiess die Vorlage in der vor wenigen Wochen abgeschlossenen Ver-

nehmlassung auf heftige Kritik. Bundesrat Leuenberger hat sich nun mit den Kantonen darüber verständigt, sofort eine Teilrevision mit den unbestrittenen Elementen in Angriff zu nehmen und die Totalrevision neu aufzugleisen. Die Städte erwarten, dass insbesondere die gesetzliche Verankerung der Agglomerationspolitik, die Aggloprogramme und die Unterstützung innovativer Vorhaben rasch umgesetzt werden. Dafür müssen die Städte aber in die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten einbezogen werden!

## Vorschau auf die Sommersession

Das Programm der Sommersession der Eidgenössischen Räte beinhaltet eine Reihe von Geschäften, die für die Städte von Bedeutung sind. Neben der Kulturförderung, mit der sich der Ständerat als Zweitrat befassen wird, stehen sozial- und energiepolitische Vorlagen im Vordergrund.



### Alkoholverbot im TV beibehalten und Neustart für Arbeitslosenversicherung

Viele Städte sind in wachsendem Ausmass mit den Folgen übermässigen Alkoholkonsums konfrontiert. Eine Aufhebung des Alkoholverbots im Fernsehen, wie sie im Zusammenhang mit der Genehmigung des MEDIA-Abkommen angestrebt wird, verschärft die diesbezüglichen Probleme (soziale Folgen, Littering, Nachtruhestörung etc.) und läuft allen Präventionsanstrengungen – nicht zuletzt beim Jugendschutz! – diametral entgegen. Der

Städteverband fordert deshalb den Nationalrat auf, wie zuvor der Ständerat am Alkoholverbot im Fernsehen festzuhalten.

Der Ständerat wird sich mit der Revision der Arbeitslosenversicherung auseinandersetzen haben. Der Städteverband beurteilt die Vorlage in ihrer vorliegenden Form kritisch, sind doch massi-

ve Lastenverschiebungen im Sozialbereich zu erwarten. Es kann nicht angehen, dass sich der Bund bei der Arbeitslosenversicherung seiner Verantwortung entzieht und Kantone, Städte und Gemeinden die Suppe über höhere Sozialhilfekosten auslöffeln müssen. Deshalb gehört das Geschäft zurück an den Start.

### Förderung von Gebäudesanierungen und Solaranlagen

Energetische Gebäudesanierungen bleiben weiterhin weit oben auf der politischen Agen-

da. Der Städteverband hofft, dass der Ständerat bei der Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe dem Nationalrat folgt, so dass das auf 10 Jahre hinaus angelegte Gebäudesanierungsprogramm auf Anfang 2010 umgesetzt werden kann.

Eine interessante Ergänzung dazu könnte der Solarfonds werden, der bis 2012 mit rund einer Mia. Franken solarthermische Anlagen fördern will. Die entsprechende Motion der Berner Ständerätin Simonetta Sommaruga ist im Ständerat traktandiert.

Im Nationalrat sind mehrere Vorstösse hängig, die die energetische Gebäudesanierung zudem mit steuerlichen Anreizen fördern wollen. Dies lehnte der Bundesrat bisher ab. Im März stimmte er nun einer Motion zu, die die Effektivität und die Effizienz bei den Steuerabzügen für energetische Gebäudesanierungen erhöhen will. Diesem Anliegen kann sich auch der Städteverband anschliessen. Wir sind aber gleichzeitig überzeugt, dass es für eine nachhaltige Gebäudesanierung einen Mix von Förderprogrammen und Steuererleichterungen braucht.

## Vernehmlassungen

### Agglomerationspolitik im Raumplanungsgesetz rasch verankern!

Der Städteverband erachtet die Totalrevision des Raumplanungs-, bzw. Raumentwicklungsgesetzes als dringlich. Verschiedene Neuerungen des Gesetzesentwurfs – Konzept der funktionalen Räume, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die Koordination von Siedlung und Verkehr, die Anerkennung der Städte, Agglomerationen und Metropolitanräume, die Unterstützung innovativer Planungsvorhaben etc. – sind für die urbanen Räume von zentraler Bedeutung.

Die Vorlage beinhaltet aber auch noch verschiedene Mängel: So sind die Bestimmungen beim Landschaftsschutz zu wenig griffig und Nichtbaugelände würden damit noch stärker unter Druck kommen. Weiter sind die Ansätze der funktionalen Räume nicht zu Ende gedacht. Die Kantone werden kaum in der Lage sein, den Planungserfordernissen der überkantonalen funktionalen Räume und den Bedürfnissen der kommu-

nen Ebene genügend Rechnung zu tragen. Deshalb braucht es hier neue Kompetenzregelungen. Schliesslich besteht aus Städte-Sicht bei verschiedenen Begrifflichkeiten noch ein Klärungsbedarf.

Der Gesetzesentwurf ist aus Sicht der Städte beileibe nicht so schlecht, wie er in der Vernehmlassung teilweise gemacht wurde. Verschiedene Elemente – insbesondere die gesetzliche Verankerung der Agglomerationspolitik, die Aggloprogramme und die Unterstützung innovativer Vorhaben – können nicht aufgeschoben werden. Diese Anliegen sind zusammen mit anderen unbestrittenen Aspekten in einer Teilrevision unverzüglich umzusetzen. Der Städteverband verlangt, dass Bund und Kantone die Städte konsequent in die Arbeiten an der eben beschlossenen Teilrevision einbeziehen.

### Ja zum bedingten Initiativ-Rückzug bei indirektem Gegenvorschlag

Der Städteverband unterstützt die parlamentarische Initiative Lombardi, die es ei-

nem Initiativkomitee ermöglichen soll, seine Volksinitiative unter der Bedingung zurückzuziehen, dass der indirekte Gegenvorschlag nicht in der Volksabstimmung scheitert. Die vorgeschlagene Massnahme ist sinnvoll und stärkt die Demokratie. Einige Städte kennen ähnliche Regelungen, andere interessieren sich, die Bundeslösung selber umzusetzen.

### Offene Fragen bei der Unternehmens-Identifikationsnummer

Grundsätzlich begrüsst der Städteverband die Absicht, eine einheitliche, nichtsprechende Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) einzuführen. Allerdings deckt der Entwurf des UID-Gesetzes die Bedürfnisse der Städte nur ungenügend ab, so beispielsweise im Hinblick auf die Unternehmenserhebungen. Für qualitativ hochwertige kleinräumige Wirtschaftsdaten braucht es auch zukünftig bei der Betriebszählung die Vollerhebung, die alle Arbeitsstätten umfasst und damit über die UID-Einheiten hinausgeht. Auch sind die Pflichten der UID-Stellen zu präzisieren.

## SSV setzt Glasfaser-Arbeitsgruppe ein

In den vergangenen Wochen haben die Thematik der Glasfasernetze und die damit verbundenen Fragen von Wettbewerb, Service Public, Infrastruktur-Besitz und -Risiko, technischen Lösungen usw. extrem an Dynamik gewonnen. Die Städte sind in verschiedener Hinsicht direkt betroffen.

Vor dem Hintergrund der rasanten Entwicklung und der noch nahezu nicht vorhandenen Regulierung des Glasfaserbereichs hat der Vorstand des Städteverbandes an seiner letzten Sitzung entschieden, eine Arbeitsgruppe zur Glasfaserthematik einzusetzen. Sie soll bis im Spätsommer eine Situationsanalyse mit den sich stellenden Fragen und Herausforderungen vornehmen und Forderungen und Empfehlungen formulieren. Diese sollen den Mitgliedstädten ermöglichen, ihre Entscheidung bezüglich Glasfasererschliessung auf einer transparenten Basis und möglichst koordiniert und kostengünstig zu treffen.



## Sessionsveranstaltung der parlamentarischen Gruppe «Kommunalpolitik»

«Herausforderungen erkennen – Chancen nutzen», so lautet der Titel der gemeinsamen Sessionsveranstaltung der parlamentarischen Gruppen «Kommunalpolitik» und «Erneuerbare Energien» vom 27. Mai 2009. Im Zentrum der Veranstaltung stehen klima- und energiepolitische Fragen besonders aus kommunaler Sicht.

Die parlamentarische Gruppe «Kommunalpolitik» wird von Nationalrat Kurt Fluri präsiert und gemeinsam von den beiden Kommunalverbänden Gemeinde- und Städteverband betreut. Sie zählt insgesamt 92 Parlamentsmitglieder. Zwei bis drei Mal pro Jahr organisiert die Gruppe eine Sessionsveranstaltung zu einem «kommunalen» Thema. Die Veranstaltung in der Frühjahrsession stand im Zeichen des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

## «Wirtschaftskrise und Sozialpolitik»: Frühlingkonferenz der SI Sozialpolitik

Die Städteinitiative Sozialpolitik des Städteverbandes diskutierte an ihrer Konferenz Mitte Mai, was mit der Wirtschaftskrise auf die Sozialpolitik zukommt. «Wenn die Steuereinnahmen sinken, steigen die Sozialausgaben.» So brachte Martin Waser, Vorsteher des Zürcher Sozialdepartements, das Problem auf den Punkt. Denn jetzt steigt die Zahl der Arbeitslosen, kurz danach jene der Sozialhilfe Beziehenden. Waser wandte sich auch gezielt gegen einen «kannibalischen» kantonalen Steuerwettbewerb.

### Bildungsinitiative gefordert

Doch lähmen lassen sollten sich die Städte nicht. Der Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik, Ruedi Meier, will gerade in der Krise vermehrte Investitionen in die Zukunft. Unter anderem sei mit dem Aufbau starker Sozialfirmen die Integration von vermindert leistungsfähigen Menschen zu fördern. Er plädierte ferner für «eine Bildungsinitiative erster Güte», eine Forderung, die Jürg Krumenacher, Präsident der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF), ins Zentrum stellte. Er sagte, Sozialpolitik im 21. Jahrhundert sei Bildungspolitik, konkret lebenslanges Lernen, das mit Frühförderung beginnt.

Die Idee einer minimalen Grundrente für Bezüger von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und IV-Renten, eingebracht von Kurt Weigelt, Direktor Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, stiess als «verkappter Sozialabbau» auf Ablehnung.

### Städte- und Gemeindeartikel umsetzen!

Die Stadträte Meier und Waser betonten einmal mehr eine zentrale Forderung: dass nämlich die Städte neben Bund und Kantonen endlich eine adäquate Position erreichen müssen.

Der Städteverband müsse als «Konferenz der Städte» (KdS) ein starkes Gegengewicht zur Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) bilden und so die Umsetzung des Städte- und Gemeindeartikels in der Bundesverfassung entschieden vorantreiben, so Waser.

Referate der Konferenz:  
[www.staedteinitiative.ch](http://www.staedteinitiative.ch)

## Kurzmeldungen

### Mobilitätsstrategie der Stadt Zürich – Controlling anhand von Leitprojekten

Im Jahre 2001 setzte der Stadtrat die aktuelle Mobilitätsstrategie als verkehrspolitische Grundlage für die Stadt Zürich fest. Sie basiert auf den Grundsätzen der Nachhaltigkeit. Mit dem Controlling, das sich an die strategische Führung der Stadt richtet, wird überprüft, ob die städtischen Mobilitätsprojekte die Zielsetzungen aus der Mobilitätsstrategie erfüllen oder ob Lücken bestehen.

Die Controllingmethode wurde 2008 unter Leitung des Tiefbauamtes der Stadt Zürich entwickelt und erstmals anhand von 22 ausgewählten Leitprojekten angewendet. Damit der Fortschritt bezüglich der Nachhaltigkeit der Mobilitätsprojekte weiterverfolgt werden kann, soll das Controlling alle 4 Jahre mit neuen Leitprojekten wiederholt werden.

Informationen und Bericht:  
[www.stadt-zuerich.ch/mobilitaet](http://www.stadt-zuerich.ch/mobilitaet)  
Rubrik Mobilitätsstrategie - Controlling

### Arbeitsgruppe Gemeinde- und Städteinformatik unter dem Dach der SIK

Der tripartite Ansatz wird neu auch im Bereich der Informatik gelebt. Die Schweizerische Informatikkonferenz (SIK) hat an ihrer Arbeitskonferenz vom 14. Mai 2009 in Lugano entschieden,

- die Direktorin des Städteverbandes, Renate Amstutz, als Vollmitglied und Vertreterin der kommunalen Ebene in den Vorstand der SIK zu wählen;
- eine eigene Arbeitsgruppe Städte- und Gemeindeinformatik unter dem Dach der SIK zu gründen. Diese wird präsiert von Rudolf K. Spiess, Leiter Informatik und Logistik der Stadt Biel.

### Expertenrat der E-Government-Strategie mit städtischem Fachwissen ergänzt

Wie das Eidgenössische Finanzdepartement EFD am 18. Mai 2009 mitteilte, hat der Steuerungsausschuss von E-Government Schweiz Herrn Christian Mühlethaler, Stadtschreiber von Bülach als Vertreter des Städte- und des Gemeindeverbandes zum Mitglied des Expertenrates ernannt.

# Agenda

## Schweizerischer Städteverband

- 9. - 12. Juni 2009** **Suisse Public – Schweizer Fachmesse für öffentliche Betriebe und Verwaltungen** in Bern  
Weitere Auskünfte: [www.suissepublic.ch](http://www.suissepublic.ch) (Partner: Städteverband)
- 27./28. August 2009** **Städtetag** in Luzern  
Weitere Auskünfte: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)
- 26./27. August 2010** **Städtetag 2010 - zum Vormerken!**

## Kommunale Infrastruktur

- 12. Juni 2009** **Generalversammlung** in Bern (Suisse Public)

## Städteinitiative Sozialpolitik

- 13. November 2009** **Konferenz der Städteinitiative Sozialpolitik** in Winterthur  
Weitere Auskünfte: Städteinitiative Sozialpolitik, Telefon 041 208 81 32, [info@staedteinitiative.ch](mailto:info@staedteinitiative.ch)

## Konferenz Städtischer Polizeidirektoren- und direktorinnen

- 3. September 2009** **Urbane Sicherheitskonferenz** im Technopark Zürich  
Weitere Auskünfte: Andrea Bucher, Telefon 044 411 70 26, [andrea.bucher@zuerich.ch](mailto:andrea.bucher@zuerich.ch)

## Schweizerische Konferenz der Stadt- und Gemeindeglieder

- 19. Juni 2009** **Generalversammlung** in der Region glow.das Glattal  
Weitere Auskünfte: Urs Müller, Telefon 044 832 62 40, [urs.mueller@wallisellen.zh.ch](mailto:urs.mueller@wallisellen.zh.ch)

## Weitere Organisationen

- 28. Mai 2008** **Stadtlandschaften «Städtische Freiräume: vielfältige Ansprüche»** in Zürich  
Weitere Auskünfte: sanu – bildung für nachhaltige entwicklung, Telefon 032 322 14 33, [awittwer@sanu.ch](mailto:awittwer@sanu.ch)
- 4. Juni 2009** **Migrationsgerechte Suchtarbeit – vielfältige Dimensionen** in Biel  
Weitere Auskünfte: Infodrog, Telefon 031 376 04 01, [www.infodrog.ch](http://www.infodrog.ch)
- 9. Juni 2009** **Städtischer Güterverkehr - Handlungsbedarf und Massnahmen in den Agglomerationen** in Bern  
Weitere Auskünfte: Rapp Trans AG, Telefon 043 260 60 30, [philipp.hegi@rapp.ch](mailto:philipp.hegi@rapp.ch)
- 17./18. November 2009** **Der Stand der Dinge: Planen und Bauen für die 2000-Watt-Gesellschaft** in Rüslikon  
Weitere Auskünfte: Peter Ess, [peter.ess@zuerich.ch](mailto:peter.ess@zuerich.ch) (Partner: Städteverband)

## Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband (SSV), Florastrasse 13, 3000 Bern 6  
Redaktion: Renate Amstutz, Christina Grab, Martin Tschirren. Übersetzungen: Ariane Gigon. Bildnachweis: Rolf Siegenthaler, Diverse  
Telefon 031 356 32 32, Telefax: 031 356 32 33, [www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch), [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)  
Newsletter abonnieren: [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)